

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **07.12.2006** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/002

Beginn öffentlicher Teil: 16:05 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:38 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:36 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:39 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Stimmberechtigtes
Ratsmitglied

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeister

1. stellv. Ratsvorsitzende

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

(ohne TOP 9)

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann,

Christiane

Gilke, Anette

(ohne TOP 10 und TOP 11)

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leunig, Alexander

(ohne TOP 9 - TOP 13)

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

(ohne TOP 10 - TOP 13)

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Weber, Ulrike

Wunn, Ina Prof. Dr.
Dr.
Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Baurätin z. A.
Bauoberamtsrat
Gleichstellungsbeauftragte

Gottlieb, Julia
Herbst, Rainer
Pape, Petra
Philipps, Lutz
Rode, Hans
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Voutta, Jens

Stadtamtsrat
Dipl.-Oec.
Erster Stadtrat
Stadtoberamtsrat (RPA)

Gast/Gäste

Ehrenratsmitglied

Kowalzik, Brigitte

Entschuldigt

Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 02.11.2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990
Vorlage: 2006 0072
6. 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 0057/06/16.WP
7. Stellenplan 2007
Vorlage: 0017/06/16.WP
8. Haushaltssatzung 2007
Vorlage: 0015/06/16.WP
- 8.1. Haushaltssatzung 2007
Vorlage: 0015/06/16.WP/1 - Erweitert-
Vorlage: 0015/06/16.WP/1
9. Finanzplanung 2006 - 2010 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 0016/06/16.WP

- 9.1. Finanzplanung 2006 - 2010 und Investitionsprogramm
Vorlage: 0016/06/16.WP/1 - Erweitert -
10. Jugendamtssatzung
Vorlage: 2006 0068
11. Bildung des Jugendhilfeausschusses; hier: Ergänzung des Ausschusses (Vertr. der Jugend- und Wohlfahrtsverbände sowie der ber. Mitglieder)
Vorlage: 0022/06/16.WP und 0022/06/16 WP/1
(TOP 11 entspricht nicht dem Originalprotokoll. Im Gegensatz zu diesem enthält es nicht die Anschriften der stimmberechtigten/beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses)
Vorlage: 0022/06/16.WP/2
- 11.1. Ergänzung der Ausschüsse des Rates
hier: Benennung/Entsendung von beratenden Mitgliedern
Vorlage: 0011/06/16.WP/1
- 11.2. Ergänzung der Ausschüsse des Rates;
hier: Entsendung eines zusätzlichen beratenden Mitgliedes in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr
Vorlage: 0011/06/16.WP/2
12. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf zur Kindertagespflege
Vorlage: 0039/06/16.WP
13. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf zur Kindertagespflege
- Ergänzungsvorlage-Nr. 0039/06/16. WP -
Vorlage: 0039/06/16.WP/1
14. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten
Vorlage: 2006 0076
15. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Straßenreinigungsverordnung
Vorlage: 0027/06/16.WP
16. Aktionsplan gem. § 47 Abs. 2 BImSchG zur Reduzierung der Feinstaubbelastung in der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2006 0069

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragestunde
(vor Beginn der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1

beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzender Walter eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Danach teilte er mit, dass die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 02.11.2006 abgesetzt werden müsse, da das Protokoll noch nicht vorliege. Ferner sei die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 11.1 „Ergänzung der Ausschüsse des Rates“ Vorlage-Nr. 0011/06/16.WP/1 und um die Tischvorlage 0011/06/16WP/2 zu erweitern (TOP 11.2). Außerdem seien im Tagesordnungspunkt 8 „Haushaltssatzung 2007“ die Vorlage-Nr. 0015/06/16.WP/1 und im Tagesordnungspunkt 9 „Finanzplanung“ die Vorlage-Nr. 0016/06/16.WP/1 aufzunehmen.

Mit diesen Ergänzungen wurde die Tagesordnung vom Rat **einstimmig beschlossen**.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 02.11.2006

- Abgesetzt -

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Vor Eintritt in diesen Tagesordnungspunkt verlas **Ratsvorsitzender Walter** einen Brief mit den Neujahrswünschen aus der Partnerstadt Burgdorf/Schweiz.

Weitere Mitteilungen des Bürgermeisters gab es nicht.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- K E I N E -

**5. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990
Vorlage: 2006 0072**

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt, die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf vom 15.11.1990 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2006 0072 ergebenden (und der Original Niederschrift als Anlage A beigefügten) Fassung zu erlassen.“

**6. 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 0057/06/16.WP**

Herr Morich führte aus, dass die jetzige Gebührenanhebung absehbar gewesen sei. Die damalige Entscheidung zur Verkleinerung des Wochenmarktes habe sich nicht bewährt, die zweite Reihe mit Marktständen sei kundenfreundlicher gewesen. Bei seinen Gesprächen mit Bürgern und Marktbeschickern werde ihm dies immer wieder deutlich.

Danach fasste der Rat den **einstimmigen Beschluss:**

„Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)“ die als Anlage B dem Originalprotokoll beigefügt ist.

**7. Stellenplan 2007
Vorlage: 0017/06/16.WP**

Herr Pilgrim machte deutlich, dass trotz der verbesserten Haushaltslage im Personalbereich die Sparziele nach wie vor verfolgt werden müssten. Seinerzeit habe man nach dem Haushaltskonsolidierungskonzept eine 2%ige Senkung der Personalkosten festgelegt, wobei Ausnahmeregelungen u. a. bei neu vom Rat beschlossenen Stellen möglich seien. Im Einzelnen ging er danach auf die zusätzlichen Stellen im Personalbereich wie folgt ein:

- a) Tiefbauabteilung:
Befristung auf 4 Jahre zur Durchführung der Arbeiten im Zusammenhang mit der B 188n.
- b) Personalabteilung:
Der Personalabteilung sind durch Tarifvertragsänderungen eine Reihe neuer Aufgaben zugewachsen, so dass eine ¼ Stelle eingerichtet werden soll, die aber zunächst in die Personalreserve übernommen wird.
- c) Pflegekinderwesen:
Im Pflegekinderwesen wird eine ¼ Stelle eingerichtet, um einige Teilzeitstellen aufstocken zu können.
- d) Gebäudewirtschaft:
Im Zusammenhang mit dem Übergang einer Stelle in die neue Abteilung Gebäudewirtschaft müssen dennoch verbliebene Aufgaben von der Hauptabteilung weiterhin wahrgenommen werden, so dass hier eine ½ Stelle eingerichtet werden soll.

e) Flüchtlingswohnheim:

Für das Flüchtlingswohnheim in der Friederikenstraße wird eine ½ Hausmeisterstelle benötigt.

Mit Bedauern habe seine Fraktion, so **Herr Pilgrim** weiter, erfahren müssen, dass die Verwaltung im Stellenplan 2007 die Zahl der Ausbildungsplätze um zwei reduzieren wolle, da man sonst nicht in der Lage sei allen Auszubildenden eine längerfristige Weiterbeschäftigung anzubieten. Der Bürgermeister habe allerdings zugesagt, noch einmal zu prüfen, ob im Nicht-Verwaltungsbereich zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden können.

Schließlich seien 9.000,00 € im Haushalt für die Erhöhung der Stundenzahl bei der Gleichstellungsbeauftragten vorgesehen, deren Aufgaben um den Bereich „Lokales Bündnis für Familien“ erweitert werde. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen werde die Mehrheitsgruppe dem Stellenplan zustimmen.

Herr Obst hob hervor, dass der CDU-Fraktion immer an reibungslosen Verwaltungsabläufen und einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung gelegen sei. Wenn bei einer Ausweitung des Stellenplanes eine zwingende Notwendigkeit erkannt wurde, habe sich seine Fraktion dem niemals verschlossen. Nach intensiver und z. T. auch kontroverser Diskussion könne man die zusätzliche Stelle für die Dipl.-Landschaftspflegerin, die ½ Stelle für die Hauptabteilung sowie die zusätzlichen 9.000,00 € für die Gleichstellungsbeauftragte mittragen. Gleiches gelte für die vorübergehend einzurichtende Stelle in der Tiefbauabteilung, allerdings nur bis zum Jahr 2011. Von der neu eingerichteten Abteilung Gebäudewirtschaft verspreche sich die CDU-Fraktion mehr Effektivität und Effizienz und damit auch Personaleinsparungen, zumindest aber keine Erhöhungen im Personalbereich. In der „großen Politik“ sei die Förderung der Familien und hier insbesondere der frühkindlichen Bildung neu entdeckt worden. Es werde über den Wegfall von Kindergartengebühren diskutiert, dabei sei die Finanzierung dieser sicherlich notwendigen Maßnahmen für die Kommunen schwierig. Dennoch habe gerade in Burgdorf die Förderung der Familie, z. B. durch den Familienpass, eine gewisse Tradition. Daher sei die CDU-Fraktion auch bereit die 9.000,00 € für den zeitlichen Mehraufwand der Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen der Aufgaben des Bündnisses für Familien mitzutragen. Die Reduzierung der Zahl der Ausbildungsplätze sei bedauerlich. Allerdings biete die Stadt Burgdorf wie dem Stellenplan zu entnehmen sei insgesamt 13 Auszubildenden und Praktikanten Plätze an, d. h. es werde weit über Bedarf ausgebildet. Nach Bestehen der Prüfung sollten die Nachwuchskräfte der Verwaltung zumindest über eine befristete Beschäftigung Chancen zum Einstieg in das Berufsleben erhalten.

Insgesamt sollte der Bürgermeister dafür Sorge tragen, dass die Zahl der zusätzlich benötigten Stellen in der Verwaltung auf ein Minimum reduziert werden könne und die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Umsetzungen und Qualifizierungsmaßnahmen effektiv eingesetzt werden. Niemand bräuchte Angst um seinen Arbeitsplatz zu haben, es sollte jedoch jeder die Chance auf Fort- und Weiterbildung sowie Qualifizierung wahrnehmen. Die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan, wie vom Verwaltungsausschuss empfohlen, zustimmen.

Herr Fleischmann erklärte, dass aus Sicht des Linksbündnisses der Stellenplan insgesamt in Ordnung sei. Er wünsche sich aber eine Aufgabenkritik im Bereich der Wirtschaftsförderung. Diese sei damals nach der Einstellung des Wirtschaftsförderers auch von anderer Seite, insbesondere durch die Region Hannover, enorm forciert worden. Es müsse daher die Frage gestattet sein, ob die Stelle im gleichen Umfang wie bisher notwendig sei oder ob man nicht stattdessen mehr Gewicht z.B. auf den sozialen Bereich legen sollte. Aus diesem Grund werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Lüddecke führte aus, dass die FDP-Fraktion dem Stellenplan zustimmen werde. Es sei nachvollziehbar, dass für die Aufgabe des Bündnisses für Familien in Burgdorf der zusätzliche Zeitaufwand an die Gleichstellungsbeauftragte übertragen wurde. Allerdings hätte sich die FDP-Fraktion vor einer Entscheidung ein Konzept gewünscht, aus dem man hätte entnehmen können, welche Aufgaben und welchen zeitlichen Umfang diese Arbeit erfordern würde. So habe man jetzt der Gleichstellungsbeauftragten pauschal Mehrarbeitsstunden zugeordnet und werde erst in etwa einem Jahr erfahren, welche Früchte diese Aufgabe getragen habe. Zu den Aussagen von Herrn Fleischmann vertrete er die Auffassung, dass eine generelle Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung notwendig sei, es jedoch falsch sei, eine Stelle, z. B. die des Wirtschaftsförderers, dazu herauszugreifen.

Bürgermeister Baxmann verwies auf die bisherigen Überstunden des Wirtschaftsförderers und machte deutlich, dass Herr Scholz darüber hinaus weitere Aufgaben im Bereich der Liegenschaften wahrzunehmen habe. Im Rahmen der Aufgabenkritik sei man dabei, den Anteil der Wirtschaftsförderung innerhalb seines Aufgabengebietes auszubauen, was auch durch die Umstrukturierung im Zuge der Einrichtung der Abteilung Gebäudewirtschaft möglich werde. Gerade die Konkurrenz zwischen den Regionalkommunen erfordere es, den Bereich Wirtschaftsförderung zu stärken, insoweit seien Personalkosten an dieser Stelle immer gut angelegtes Geld.

Beschluss:

Mit 30 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung fasste der Rat den **nachfolgenden Beschluss:**

„Als Bestandteil der Haushaltssatzung 2007 wird der (dem Originalprotokoll als Anlage C) beigefügte

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007

beschlossen.“

8. **Haushaltssatzung 2007**
Vorlage: 0015/06/16.WP
-

Siehe TOP 8.1

8.1. Haushaltssatzung 2007
Vorlage: 0015/06/16.WP/1 - Erweitert-
Vorlage: 0015/06/16.WP/1

Die Tagesordnungspunkte 8 - 8.1 wurden zusammengefasst.

Herr Hinz ging zunächst auf einige grundlegende Zusammenhänge in der kommunalen Haushaltsplanung ein und wies darauf hin, dass die Verwaltung zum ersten Mal seit mehreren Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt habe vorlegen können, was u. a. auch mit der konjunkturellen Entwicklung zu tun habe.

Im Einzelnen ging er auf folgende Punkte gesondert ein:

im neuen Haushaltsplan wurde der Abschnitt Controlling eingerichtet. Im Zusammenhang mit einer mehr betriebswirtschaftlicheren Sichtweise der Verwaltungsstrukturen (neues Steuerungsmodell) sowie des neuen Kommunalen Rechnungswesen (NKR) seien als sichtbares Zeichen im Haushalt 25.000,00 € für die entsprechende Software bereitgestellt. Außerdem solle zum 01.04.2007 die Stelle eines Controllers besetzt werden. Zudem habe bereits in diesem Jahr die neue Abteilung Gebäudewirtschaft ihre Arbeit aufgenommen, so dass bei zahlreichen Haushaltsstellen entsprechende Änderungen vorgenommen werden mussten. Durch die Arbeit der neuen Abteilung würden zukünftig viele Verwaltungsaufgaben effizienter erledigt werden können, was dann auch zu Einsparungen führen werde. Im Bereich der Schulen soll am Bildungsstandort Burgdorf z. B. die Hausaufgabenhilfe weiterhin unterstützt werden. Im Unterabschnitt Soziale Sicherung „Kinder in Tagespflege“ sei es gelungen in Verhandlungen mit der Region deren Kostenbeteiligung auf 14.400,00 € festzuschreiben. Bei der Bereitstellung von Mittagessen für die Kinder in Kindertagesstätten sei man früher davon ausgegangen, dass die Kosten für das Essen in vollem Umfang von den Eltern getragen werden müssten, weil entsprechende Einsparungen bei den Lebenshaltungskosten dem gegenüber stünden. Bereits der letzte Vorschlag der Verwaltung auf Erhöhung des Essensgeldes war von allen Ratsfraktionen abgelehnt worden. Zwischenzeitlich hatte Herr Fleischmann beantragt, das Essen für die Kinder in allen Kindergärten kostenfrei zu stellen, weil zu vermuten sei, dass Eltern ihre Kinder nicht beim Kindergarten anmelden würden, weil sie die Kosten für das Mittagessen nicht bezahlen könnten. Dies sei allerdings unzutreffend, da bereits seit vielen Jahren Geringverdiener oder Empfänger von staatlichen Ersatzleistungen ohnehin von den Kosten freigestellt seien, was in Burgdorf etwa 30 % aller angemeldeten Kinder betreffe. Sicherlich sei ein kostenloser Kindergartenbesuch wünschenswert, aus kommunalen Mitteln sei dies allerdings nicht finanzierbar. Aufgrund des Antrages von Herrn Fleischmann habe man sich nach längerer Diskussion dafür ausgesprochen, das Essensgeld für Kindergartenkinder bei HARTZ IV Empfängern auf 20,00 € zu reduzieren. Dafür wurde die entsprechende Einnahmehaushaltsstelle um 16.600,00 € verringert. Für die pädagogische Arbeit in den städtischen Kindertagesstätten wurden im Haushalt als Einstieg 60.000,00 € bereitgestellt. Damit sollten die sprachlichen und motorischen Fähigkeiten der Kinder gefördert werden. Welche Projekte damit umgesetzt werden könnten, werde die Verwaltung mit den Kindergartenleitungen im Einzelfall absprechen.

Durch die Integrierung der Bäder in die neu gegründeten Wirtschaftsbetriebe Burgdorf GmbH solle das Angebot durch mehr privatwirtschaftliches Handeln attraktiver gestaltet werden.

Bei der Straßenbeleuchtung seien derzeit 40 % Strommehrkosten bedingt durch das Auslaufen alter Verträge und Preissteigerungen zu erwarten. Zur Zeit werde eine Ausschreibung durchgeführt. Auf das Ergebnis dürfe man gespannt sein.

In der Burgdorfer Innenstadt seien 1.400 Parkplätze vorhanden, wovon 300 bewirtschaftet würden, so dass 1.100 Parkplätze den Kunden und Besuchern gebührenfrei zugänglich seien. Um den Forderungen der Wirtschaft und dem Stadtmarketing Verein entgegen zu kommen, sei die Stadt Burgdorf bereit, im kommenden Jahr auf 17.000,00 € Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zu verzichten.

Als größte Position im Haushalt würde der Ansatz für Personalkosten um 0,5 % verringert. In Anbetracht der Tatsache, dass auch 2007 die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedingt durch tarifliche Erhöhungen zunehmen würden, sei auch dies ein guter Schritt hin zu einer Kostenreduzierung.

Im Vermögenshaushalt werde im kommenden Jahr rd. 1 Mio. € in die Infrastruktur der Schulen investiert. Hier seien zu nennen die Sanierungsmaßnahmen an der GHS I (Gebäude Gartenstraße) und der Astrid-Lindgren-Grundschule sowie Brandschutz und Elektrosanierungen im Gymnasium. Als eine weitere, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wichtige Investitionsmaßnahme sei der Bereich der Feuerwehr zu nennen und hier insbesondere die zur Verfügungsstellung von Haushaltsmitteln für den zweiten Teil des TLF für die Ortswehr Ramlingen-Ehlershausen sowie 15.000,00 € für die Beschaffung einer Hydraulikschere und eines Spreizers für Kfz-Unfallrettungsmaßnahmen.

Als indirekte Auswirkung des Neubaugebietes „Schwarzenbergfeld“ werde am Kindergarten Ehlershausen im kommenden Jahr ein Anbau mit Kosten von 230.000,00 € erfolgen. In diesem Zusammenhang sei zu hoffen, dass die erfolgversprechenden Gespräche mit dem TVE hinsichtlich des Ausbaues eines Übungsraumes im Obergeschoss des Kindergartenbaus gelingen mögen. Der Ansatz mit 1,2 Mio. € für den Ankauf von unbebauten Grundstücken sei 2007 geringer als im Vorjahr. Das geplante Gewerbegebiet Nordwest sei nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Alle Kraft müsse sich derzeit auf den Bau der B 188n konzentrieren, mit deren Fertigstellung im Jahre 2010 zu rechnen sei. Dazu seien umfangreiche Umgestaltungen und Umbaumaßnahmen bei den Stadtstraßen geplant. Insgesamt werde man die Nachfrage nach Baugrundstücken auch in den kommenden Jahren genau beobachten müssen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass bei einer schrumpfenden Bevölkerungszahl auch weniger Einnahmen dem städtischen Haushalt zufließen würden. Bei der Ausweisung immer neuer Baugebiete weite sich die Ausdehnung der Stadt aus, was wiederum zu einer Steigerung der städtischen Fixkosten, z. B. Unterhaltung von Grünanlagen u. ä., führe. Die derzeitige konjunkturelle Entwicklung werde auch zu einer Entspannung der politischen Situation innerhalb des Rates beitragen. Dennoch sei es richtig die haushaltspolitische Sparsamkeit zunächst beizubehalten. Sollte sich im kommenden Jahr eine weitere Stabilisierung der Haushaltslage abzeichnen, so seien Maßnahmen zu treffen, damit bei einem konjunkturellen Abschwung auf Rücklagen zurückgegriffen werden könne.

Abschließend dankte er Stadtrat Philipps und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei den

Haushaltsplanberatungen.

Herr Obst erinnerte an das im letzten Jahr bestehende strukturelle Defizit und den hohen Fehlbetrag im Haushalt, vor dem sein Fraktionskollege Rohde eindringlich gewarnt hatte. Dessen Mahnungen seien auch nicht abwegig gewesen. Der sich jetzt eingestellte Erfolg durch die konjunkturelle Entwicklung hätte mit den Konsolidierungsmaßnahmen, die von der Mehrheitsgruppe beschlossen worden waren, nicht erreicht werden können. Neben dem wirtschaftlichen Aufschwung verbunden mit zunehmenden Steuereinnahmen habe aber auch der seit Jahren bestehende Sparwille von Politik und Verwaltung zu diesem ausgeglichenen Haushalt beigetragen. Dadurch seien auch in den letzten Jahren keine neuen Investitionsmaßnahmen vorgenommen worden, was zur Folge habe, dass jetzt ein Investitionsstau, z. B. im Bereich Kanalbau und Straßensanierung, bestehe. Die zukünftige Konjunktorentwicklung sei schwer abzuschätzen. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander. Die Zahl der HARTZ IV Empfänger steige ebenso wie die Zahl derjenigen Menschen, die die Leistungen der Burgdorfer Tafel in Anspruch nehmen würden. Die CDU-Fraktion vertrete daher die Auffassung, dass man im Bereich des Verwaltungshaushaltes Einsparungen nur bei den großen Ansätzen werde erreichen können. Dies seien zunächst mit 13,5 Mio. € die Personalausgaben. Durch die Verwaltungsneugliederung im Jahr 2007 verspreche man sich nicht nur mehr Verantwortung für die einzelnen Verwaltungsmitarbeiter und mehr Bürgerfreundlichkeit, sondern auch Personaleinsparungen. Auch sollte geprüft werden, ob man nicht mit anderen Umlandkommunen ein ausgegliedertes Personalmanagement umsetzen könnte. Niemand in der Verwaltung müsse Angst um seinen Arbeitsplatz haben, aber Veränderungen müssten möglich sein. Von der Arbeit der neuen Abteilung Gebäudewirtschaft verspreche man sich ebenfalls mehr Effizienz und werde sich die Betriebsabrechnungen genauer ansehen. Um die Bürgerinnen und Bürger nicht über die bisherigen Steuererhöhungen hinaus zu belasten, seien die Hebesätze in Burgdorf unverändert geblieben. Auch die Unterstützung der Vereine und Verbände werde man beibehalten, wobei die Vereine selbst kritisch prüfen sollten, ob einzelne Maßnahmen genauso gefördert werden müssten wie in der Vergangenheit. 60.000,00 € seien im Haushalt für die Qualitätssteigerungen im Kindergartenbereich vorgesehen.

Zum Vermögenshaushalt sei nochmals auf den nicht aufzulösenden Investitionsstau im Bereich Kanal- und Straßensanierung sowie bei der Betonsanierung von Parkpalette und Hallenfreibad hingewiesen. Auch werde die notwendige Erweiterung des Feuerwehrhauses in Heeßel sowie das Gewerbegebiet „Nordwest“ weiter hinausgeschoben. Gerade stadtnahes Gewerbe sei für Burgdorf wichtig. Das Gewerbegebiet „Hülptingsen“ sei dafür nicht ausreichend. Als unverständlich bezeichnete er es, dass immer wieder Beinhorn als Standort ins Gespräch gebracht werde. Dringend notwendig hingegen seien die 230.000,00 € für die Erweiterung des Kindergartens Ehlershausen, ebenso wie die Mittel für die Brandschutz- und Elektrosanierungsmaßnahmen an den Schulen, auch über die im kommenden Jahr bereits beschlossenen Baumaßnahmen hinaus. In Folge des Baus der B 188n seien 300.000,00 € für den Umbau der Gartenstraße vorgesehen. Die geplanten Straßenbauverengungen würden allerdings dazu führen, dass der Verkehrsfluss nicht durchgeleitet, sondern stark behindert werde. Auch den Anliegern müsse klar sein, dass die Gartenstraße selbst nach dem Bau der B 188n die Stadtstraße mit dem meisten Verkehr in Burgdorf sein werde. Busse und landwirtschaftliche Fahrzeuge würden auch weiterhin diese Straße nutzen. Auch über den Sinn

des Umbaus der Bushaltestellen in der Marktstraße werde man im Fachausschuss noch ausführlich diskutieren können. Die Situation in der Marktstraße werde sich erst nach Fertigstellung der B 188n ändern, ebenso wie die Situation in der Braunschweiger- und der Poststraße.

Aus dem Haushaltsplanentwurf gestrichen werden konnten die Abrisskosten für das Gebäude „Weidendamm 5“, weil dieses im Jahr 2007 voraussichtlich noch nicht vermarktet würde. Hingegen seien 15.000,00 € in die Finanzplanung für 2008 für das Feuerwehrhaus Heebel eingesetzt, damit hier mit den Planungen begonnen werden könne. Um den Investitionsstau nicht noch weiter anwachsen zu lassen, habe die CDU-Fraktion keine weiteren Positionen in den Haushalt zusätzlich aufnehmen lassen. Man wolle die konjunkturelle Entwicklung nicht gefährden und hoffe, dass sich das Wachstum auch in der nächsten Zeit trotz Mehrwertsteuererhöhung fortsetze. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt in diesem Jahr zustimmen .

Anschließend dankte Herr Obst Stadtrat Philipps und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Herr Lüddecke betonte einleitend, dass die bundesweit anziehende Konjunktur den Kommunen Steuermehreinnahmen beschert habe. Die Stadt Burgdorf müsse aus eigener Kraft die Weichen im Haushalt dafür stellen, dass man auch bei einer konjunkturellen Eintrübung oder einer Konjunkturdelle im Jahr 2007 nicht einen Rückschlag erleide, d. h. man dürfe nicht ständig auf eine bessere Konjunkturentwicklung oder etwa auf die lang diskutierte Gemeindefinanzreform hoffen. Im Jahr 2007 rechne Burgdorf mit 5,45 Mio. € Einnahmen aus Gewerbesteuern. In Lehrte seien es 13 Mio. € und in Isernhagen 16,5 Mio. €. Wenn Burgdorf seine Gewerbesteuererinnahmen nur um 10 Mio. € steigern könnte, würde sich der Investitionsstau in einigen Jahren auflösen. Sicherlich sei die Situation von Burgdorf mit den anderen Kommunen nicht vergleichbar, diese hätten aber in den zurückliegenden Jahren sehr viel für die Gewerbeansiedlung unternommen. Hierbei müsse aber auch berücksichtigt werden, dass sich Investitionen für Gewerbe erst in ca. 5 - 10 Jahren im Haushalt rentierten. Hierbei sei darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahre 1995 das Raumordnungsverfahren für das Gewerbegebiet „Burgdorf Nordwest“ abgeschlossen wurde. Seitdem sei dort nichts mehr passiert. Das Fehlen der Nordumgehung könne keine Entschuldigung dafür sein. Auch im Haushaltsplanentwurf 2007 seien keine wesentlichen Initiativen in diese Richtung erkennbar. Zumindest könnte man Optionen bei den Grundstückseigentümern für den Flächenerwerb tätigen. Es fehle ein schlüssiges Konzept für die Wirtschaftsentwicklung im Wettbewerb mit den Nachbarkommunen. Neben der Bestandspflege solle diese Strategie die Neuentwicklung und die wirtschaftliche Konzentration im Stadtbereich stärken und erhalten, so dass Kaufkraft vor Ort gebunden werde und nicht abwandere, was sich wesentlich auf die Einnahmeseite des Haushalts auswirken könne. Andere Kommunen hätten in den letzten 10 Jahren wesentlich mehr Gewerbegebiete entwickelt und könnten die gute Konjunkturentwicklung deshalb für ihre Zwecke besser nutzen als Burgdorf. Um den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer zumindest zu halten oder zu verbessern, sei es notwendig die Siedlungsentwicklung voranzubringen, dies könne z.B. mit dem neuen privat entwickelten Baugebiet geschehen. Imagepflege und Werbung für das Mittelzentrum Burgdorf, seine Kultur und seine Stellung als soziale Stadt würden dazu führen, bauwillige Familien nach Burgdorf zu bringen.

Bei genauerer Betrachtung des Vermögenshaushaltes verblieben dort für Investitionen lediglich 3 Mio. €. Dies sei zu wenig und vergrößere den Investitionsstau. Öffentliche Investitionen sicherten immer auch Arbeitsplätze. Mehr als 60 % der Mittel kämen über Steuern und Abgaben wieder zurück. Deshalb sei es richtig, den Haushalt auch an dieser Stelle durch Kredite zu finanzieren. Richtig sei es für die Sanierung an den Schulen und begleitende Inventarbeschaffungen rd. 1 Mio. € bereitzustellen.

Zu den Personalausgaben sei darauf hinzuweisen, dass die Stadt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als bürgerorientierte Dienstleister ansehen müsse, deren Motivation gefördert werden sollte. Insgesamt stelle der Haushalt die notwendige Aufgabenerledigung für die Bürgerinnen und Bürger sicher, es seien allerdings Verbesserungen auf der Einnahmeseite erforderlich, um in Zukunft auch mehr Investitionen tätigen zu können. Da der Haushalt 2007 insgesamt ausgeglichen sei, falle es der FDP-Fraktion auch nicht schwer der Haushaltssatzung zuzustimmen.

Abschließend dankte auch **Herr Lüddecke** dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern für die schnelle Betreuung in den politischen Ausschüssen.

Herr Unverzagt teilte mit, dass die WGS-Fraktion dem Haushaltsplanentwurf zustimmen werde. Es sei sehr überraschend gewesen, dass die Verwaltung zum ersten Mal seit Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt habe vorlegen können. Hierfür dankte er dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern. Während der Haushaltsplanberatungen habe bei allen politischen Parteien Vernunft und Zurückhaltung geherrscht. Schwerpunkte seien im Kinder- und Jugendbereich gesetzt worden. Die intensive Förderung in den Schulen sei auch für die Zukunft wichtig. Genau zu prüfen sei die Straßenumgestaltung, z. B. in der Gartenstraße. Man solle sich davor hüten dem Anspruchsdenken der Anlieger zu schnell zu folgen. Positiv sei, das verstärkt Bauland von privaten Anbietern ausgewiesen werde. Dies könne auch einkommensstärkere Bürger nach Burgdorf holen und somit zu Steuermehreinnahmen führen. Dabei sollten auch Neubürger aus anderen Kommunen nach Burgdorf ziehen. Die Diskussionen um die Gewerbegebiete sollten nun endlich beendet werden. Es sei zu hoffen, dass auch in Zukunft die Haushalte wieder ausgeglichen werden könnten, dies biete Spielräume für mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Herr Braun betonte, dass weitgehende Übereinstimmung im Rat zum Haushalt bestehe, wobei die konjunkturellen Umstände für die positive Haushaltsentwicklung entscheidend gewesen seien. Bei den Investitionen habe man auf die Priorität der Maßnahmen im Zusammenhang mit der B 188n gesetzt. Das zwar ebenfalls wichtige Thema Gewerbegebiet „Nordwest“ müsse dahinter zurückstehen. Es habe keine Streichungen bei Vereinen, im Bereich Umwelt und beim Frauen-Nachttaxi gegeben. Das Lokale Bündnis für Familien oder der Antrag von Herrn Fleischmann zur Verringerung des Essensgeldes für Kindergartenkinder von HARTZ IV Empfängern trügen insgesamt zu einer Verbesserung des sozialen Klimas in der Stadt bei. Eine Senkung der Parkgebühren werde zu einem „run“ auf freie Parkplätze führen, was aus ökologischer Sicht für die Stadt auch im Hinblick auf den Feinstaub negativ sei.

Insgesamt sei dieser Haushalt ausbaufähig und könne von allen Fraktionen gemeinsam verabschiedet werden.

Herr Fleischmann erklärte, dass er erhebliche Bauchschmerzen habe diesem Haushalt zuzustimmen. Beispielhaft benannte er dazu folgende Punkte:

Die SPD habe der Absenkung der Parkgebühren zugestimmt, was zu Einnahmeausfällen führe, verlange aber weiterhin auch von den sozial Schwächsten Essensgeld für die Kindergartenkinder. Des Weiteren würden im Vermögenshaushalt 105.000,00 € für ein fragwürdiges Gewerbegebiet bereitgestellt, welches noch nicht einmal an die B 188n angeschlossen sei. Dieses Gewerbegebiet liege überdies im Naherholungsgebiet und habe Bedeutung sowohl für Hülptingsen als auch für die Südstadt. Positiv sei, dass sein erster Antrag in diesem Rat zumindest zu 70% erfolgreich gewesen sei. Beim Essensgeld würden jetzt HARTZ IV- und Sozialhilfeempfänger statt 50,00 € nur noch 20,00 € pro Kind und Monat zu zahlen haben. Daher werde auch er dem Haushalt zustimmen.

Herr Pilgrim machte deutlich, dass es in den vergangenen Jahren keine erhöhte Nachfrage nach Gewerbeflächen in Burgdorf gegeben habe, wenn, dann habe die Verwaltung dies mit den Gewerbegebieten in Hülptingsen abdecken können. Wenn für „Nordwest“ eine entsprechende Nachfrage bekannt geworden wäre, hätte man dieses Gebiet in Etappen entwickelt. Dieses Gewerbegebiet habe aufgrund seiner verkehrlich nicht so günstigen Lage keine überregionale Bedeutung. Burgdorf müsse sich bei den Gewerbegebieten dem Wettbewerb mit anderen Kommunen stellen, die günstigere Verkehrsbeziehungen zu bieten hätten.

Hinsichtlich der Straßenbaumaßnahmen in der Gartenstraße sei darauf hinzuweisen, dass den Anwohnern in den Einwohnerversammlungen die verkehrsberuhigenden Maßnahmen zugesagt worden seien und dass diese auch möglichst zügig umgesetzt würden. Man könne nun nicht aufgrund von Bedenken davon wieder abweichen.

Ferner warnte er **Herrn Obst**, mit seinen Aussagen den Eindruck zu erwecken, dass das in die Finanzplanung eingestellte Geld für das Feuerwehrhaus Heeßel zu einer schnellen Realisierung des Projektes führen würde.

Des Weiteren werde er von seiner Seite aus die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform nicht aufgeben.

Herr Rohde machte den Vorschlag darüber nachzudenken, alle Zuwendungen an Vereine und Verbände unter einem Betrag von 500,00 € generell zu streichen. Die Zahlungen für das Frauen-Nachttaxi bezeichnete er als die unsozialste Ausgabe des gesamten Haushaltes. Ferner wies er darauf hin, dass 2/3 der bei der VHS Ostkreis entstehenden Kosten durch den Steuerzahler übernommen würden. Des Weiteren schlug er vor zu prüfen, ob die Bücherei nicht langfristig privatwirtschaftlich geführt werden könne. Ferner forderte er mehr Privatinitiative, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Als gute Beispiele nannte er hierbei die Pfingstkonzerte, die Aufstellung der Gedenktafel für die Bombenopfer und die Arbeit des VVV bei der Übernahme der Schlosskonzerte. Lobenswert sei die Aussage von Herrn Hinz, die erwirtschafteten Überschüsse zukünftig in die Rücklage zu führen.

Abschließend dankte er Herrn Philipps und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im Finanzausschuss.

Herr Alker berichtete, dass der Regionspräsident angekündigt habe, die Regionsumlage nicht erhöhen zu wollen. Des Weiteren habe die Verbandsversammlung der VHS einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt und sogar eine Senkung der Verbandsumlage (für Burgdorf sind dies 18.000,00 € weniger) beschlossen. Ferner sei es bedauerlich, dass es Gruppen in der Stadt gebe, die offenbar eine starke Lobby hätten, so z. B. die Burgdorfer Geschäftsleute, denen man hinsichtlich der Parkplätze entgegen kommen wolle. Andere Institutionen, z. B. das Tierheim, die eine hervorragende Arbeit auch gerade für Kinder und Jugendliche leisteten, würden dagegen überhaupt nicht angemessen gefördert. Des Weiteren lobte er den von der SPD-Ortsratsfraktion in Ramlingen-Ehlershausen angeschobenen Kindergartenanbau und sprach die Erwartung aus, dass die vom Sportverein in die Diskussion gebrachten Vorschläge nicht noch durch ‚Bremseffekte‘ in der Verwaltung verzögert würden.

Herr Lüddecke machte noch einmal deutlich, dass die Region und auch die Nachbarkommunen mit ihren Gewerbeflächen wesentlich offensiver umgingen und alle Vermarktungschancen konsequent nutzen würden. Das Gewerbegebiet Burgdorf „Nordwest“ müsse schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden. Ein Termin nach Fertigstellung der Umgehungsstraße 2011 sei zu spät.

Herr Hinz führte aus, dass Lehrte und Isernhagen durch die Anbindung an überregionale Verkehrswege bei Gewerbegebieten eindeutige Vorteile gegenüber Burgdorf „Nordwest“ aufweisen könnten. Ferner sei festzustellen, dass in den letzten 10 Jahren in Burgdorf große Baugebiete erschlossen wurden, trotzdem sei die Bevölkerungszahl in letzter Zeit zurückgegangen. Die Stadt werde immer mehr in der Fläche ausgeweitet, was zu hohen Unterhaltungsaufwendungen für die Pflege von Grünflächen, Straßen usw. führe. Auf der anderen Seite stünden in den bisherigen Wohngebieten Wohnungen und Häuser leer.

Herr Hunze wies darauf hin, dass der Verzicht auf Parkgebühren eine Vorleistung, ein Entgegenkommen gegenüber den Kaufleuten sei, damit Burgdorf ein Einkaufserlebnis gegenüber Hannover bieten könne. Beim Anbau an den Kindergarten Ehlershausen warnte er davor, alles über Eigenleistungen zu machen. Die Stadt sei Auftraggeber und müsse den örtlichen Unternehmen die Chance bieten sich zu beteiligen.

Herr Fleischmann bezeichnete die Senkung der Parkgebühren im Hinblick auf die soziale Situation der HARTZ IV Empfänger als Schandfleck. Er zeigte sich überzeugt, dass die derzeitige binnenwirtschaftliche Politik, die durch eine Sonderkonjunktur wie durch die Fußballweltmeisterschaft und das 25 Milliarden-Konjunkturprogramm gestützt worden sei, zu einer Verbesserung der Kaufkraft geführt habe. Durch die Umverteilungspolitik im Bund mit Maßnahmen wie Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform usw. werde auch Burgdorf in den kommenden Jahren den Kaufkraftschwund zu spüren bekommen.

Herr Dr. Zielonka wies auf die positiven Haushaltsauswirkungen durch Gründung der Stadtwerke und der Wirtschaftsbetriebe Burgdorf hin. Vergleichbares hätte man mit dem Gewerbegebiet „Nordwest“ nicht erreichen können, da diese Flächen nicht von überregionaler Bedeutung seien.

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn machte deutlich, dass es klar sei, dass ein Gewerbegebiet in Burgdorf „Nordwest“ aus verkehrstechnischen Gründen

nicht mit anderen Gewerbegebieten wie in Burgwedel konkurrieren könne. Vielmehr dürfe der vorhandene Bestand an Gewerbebetrieben nicht vergrault werden. Auch gerade jungen und innovativen Unternehmen sollte die Möglichkeit geboten werden sich zu vergrößern und in Burgdorf geeignete Gewerbeflächen zu bekommen. Es fehle ein Innenstadtkonzept und eine zielorientierte Politik auch und gerade für junge Familien.

Bürgermeister Baxmann führte aus, dass ein Gewerbegebiet Burgdorf „Nordwest“ ganz überwiegend nur zur Erweiterung der örtlichen Gewerbebetriebe dienen könne. Auch schon vor 10 Jahren habe man in Konkurrenz zu anderen Gewerbeflächen in der Region gestanden. Die heutige Diskussion mache deutlich, dass es einvernehmlich Wille des Rates sei, sofern die finanziellen Mittel wieder zur Verfügung stünden, das Gewerbegebiet „Nordwest“ weiter zu entwickeln. Der Haushalt enthalte sowohl soziale als auch ökonomische Komponenten, darin könne er keinen Widerspruch oder Gegensatz erkennen. Es gehe darum, auch durch kleine Beträge die ehrenamtliche Arbeit ernst zu nehmen und zu würdigen.

Bei den Überlegungen zum Kindergartenanbau in Ramlingen-Ehlershausen seien intelligente Lösungen immer vorteilhaft, wie sich seinerzeit beim Bau des AWO-Kindergartens gezeigt hatte. Selbstverständlich müsse eine Baubegleitung durch die Stadt erfolgen. Eigeninitiative sollte gefördert werden, sofern die Rahmenbedingungen eingehalten würden. Neben den Veränderungen von Außen hätte eine ständige Aufgabenkritik von Politik und Verwaltung und eine hohe Ausgabendisziplin zu dem jetzt ausgeglichenen Haushalt geführt. Nicht nur der Kämmerer und seine Mitarbeiter, sondern die gesamte Verwaltung habe ihren Anteil daran.

Schließlich wies **Stadtrat Philipps** darauf hin, dass aus der sogenannten „roten Liste“ nach der Empfehlung des Verwaltungsausschusses die Positionen Nr. 18 und 19 gestrichen werden müssten.

Nach Beendigung der Aussprache fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen Beschluss**:

„Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die (dem Originalprotokoll als Anlage D) beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 zu erlassen.“

9. Finanzplanung 2006 - 2010 mit Investitionsprogramm Vorlage: 0016/06/16.WP

Siehe TOP 9.1

9.1. Finanzplanung 2006 - 2010 und Investitionsprogramm Vorlage: 0016/06/16.WP/1 - Erweitert -

Herr Leppert erklärte einleitend, dass der Ausblick auf die Finanzplanung in den letzten Jahren sehr negativ gewesen sei und auch bei Streichung aller freiwilligen Leistungen kein Haushaltsausgleich möglich geworden

wäre. Mit den aktuell vorliegenden Orientierungsdaten ließen sich bei gleichbleibenden Steuersätzen bei der Grundsteuer A und B und bei der Gewerbesteuer Mehreinnahmen erwarten, die zu ausgeglichenen Verwaltungshaushalten über den gesamten Finanzplanungszeitraum führen könnten, wobei in den Jahren 2008 - 2010 sogar Überschüsse erwirtschaftet würden. Trotzdem sei es erforderlich, den bisherigen Sparkurs beizubehalten, was auch schon im jetzt vorliegenden Investitionsprogramm zum Ausdruck komme. So werde die Nettoneuverschuldung in den kommenden Jahren um 200.000,00 € gesenkt, und dies trotz der Tatsache, dass auch in den kommenden Jahren mehrere größere Projekte wie etwa der Bau der B 188n mit den sich daraus ergebenden Baumaßnahmen anstünden, wobei die Liste der notwendigen Investitionsvorhaben überaus lang sei. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sei es allerdings auch geboten sich nicht übermäßig zu verschulden. Es bleibe die Hoffnung, dass die Entwicklung noch positiver eintreten werde als prognostiziert und dass im Rahmen einer Gemeindefinanzreform den Kommunen als größten öffentlichen Investoren mehr Geld zur Verfügung gestellt werde als bisher.

Herr Fleischmann erklärte, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da man sich aufgrund der unklaren wirtschaftlichen Situation in den Folgejahren nicht sicher sein könne, dass die Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm in dieser Form eingehalten werden könne.

Anschließend fasste der Rat mit 28 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung den **nachfolgenden Beschluss**:

„Der Rat nimmt von der vorgelegten Finanzplanung des Zeitraumes 2006 - 2010 Kenntnis und beschließt gemäß § 40 Abs. 1 Ziff. 8 NGO das Investitionsprogramm zu den Finanzplanungen 2006 - 2010 in der Form, wie es sich unter Berücksichtigung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2007 ergibt (Anlage E zum Originalprotokoll).“

10. **Jugendamtssatzung** **Vorlage: 2006 0068**

Frau Gersemann wies darauf hin, dass die Jugendamtssatzung u. a. regule, wer mit beratender Stimme dem Jugendhilfeausschuss angehöre. Durch die Satzungsänderung solle ermöglicht werden, dass ein Vertreter des Kinderschutzbundes anstelle eines Arztes oder einer Ärztin des Gesundheitsamtes dem Jugendhilfeausschuss angehören könne. Die große Bedeutung, die der Kinderschutzbund für Burgdorf habe, sollte auch in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zum Ausdruck kommen. Da es nicht möglich sei, dass der Kinderschutzbund mit Sitz und Stimme dem Ausschuss angehört, weil dann einer der Wohlfahrtsverbände auf sein Stimmrecht verzichten müsse, werde deshalb die neue Satzungsregelung auch vom Kinderschutzbund selbst begrüßt.

Herr Obst erklärte, dass auch die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Er würdigte noch einmal ausdrücklich die Arbeit des Kinderschutzbundes für Burgdorf.

Danach fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen Beschluss**:

„Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Burgdorf. Diese Regelung soll zum 01.01.2007 in Kraft treten (Anlage F zum Originalprotokoll).“

11. Bildung des Jugendhilfeausschusses; hier: Ergänzung des Ausschusses (Vertr. der Jugend- und Wohlfahrtsverbände sowie der ber. Mitglieder)

Vorlage: 0022/06/16.WP und 0022/06/16 WP/1

(TOP 11 entspricht nicht dem Originalprotokoll. Im Gegensatz zu diesem enthält es nicht die Anschriften der stimmberechtigten/beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses)

Vorlage: 0022/06/16.WP/2

Einstimmiger Beschluss:

Gem. § 51 Abs.5 NGO stellt der Rat in Ergänzung zu dem Ratsbeschluss vom 02.11.2006 die stimmberechtigten Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 b) der Satzung für das Jugendamt (auf Vorschlag der Jugendverbände) und die stimmberechtigten Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 c) der Satzung für das Jugendamt (auf Vorschlag der Wohlfahrtsverbände/Träger der Freien Jugendhilfe) und die beratenden Mitglieder gem. § 5 Abs. 1 der Satzung für das Jugendamt wie folgt fest:

A. Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 b) der Satzung für das Jugendamt (auf Vorschlag der Jugendverbände)

	Mitglieder	benannt durch Fraktion/Gruppe	stellv. Mitglied	benannt durch Fraktion/Gruppe
1	Michael Rheinhardt,* (Jugendfeuerwehr),		Irmtraud Hennig,*	
2	Thorsten Kardolsky,* (TVE Ehlershausen),		Tanja Kicza,*	

* (Lt. Wahl der Vertreter der Jugendgruppen vom 26.10.2006/16.11.2006)

B. Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 c) der Satzung für das Jugendamt (auf Vorschlag der Wohlfahrtsverbände/Träger der Freien Jugendhilfe)

	Mitglieder	benannt durch Fraktion/Gruppe	stellv. Mitglied	benannt durch Fraktion/Gruppe
1	Gisela Bittkau,* (DRK),		Fritz Röttger,* (AWO),	
2	Agnes Meine,*		Gregor Stanke,*	

* (Die Wohlfahrtsverbände DRK/AWO/Diakonie/Caritas haben per schriftlicher Mitteilung/per E-Mail ihre Vertreter in der Zeit vom 14.10. - 30.10.2006 benannt.)

C. Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 1 der Satzung für das Jugendamt

1. Leiter des Jugendamtes	Jens Niemann
2. Stadtjugendpfleger	Bernd Witte
3. Ev. Kirche (telefonischer Vorschlag lt. Pastor Schulze vom 30.10.2006)	Diakonin Caroline Singer,
4. Kath. Kirche (Zustimmung vom 24.10.2006 - Seelsorgeeinheit der Kath. Kirchengemeinden)	Leo Beigel,
5. Richter(in) (Zustimmung Präsident LG Hildesheim 23.10.2006)	Dr. Hartmut Pinkenburg,
6. Lehrkraft (Vorschlag Landesschulbehörde 30.10.2006)	Antje Kuchenbecker-Rose,
7. In der Mädchenarbeit erfahrene Frau (Zustimmung vom 17.10.2006)	Ursula Stichtmann,
8. Erzieher(in) (Zustimmung vom 08.11.2006)	Birte Adlunger,
9. Vertreter(in) der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher (Zustimmung vom 08.11.2006)	Matthias Paul,
10. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des örtlichen Kinderschutzbundes (Antrag vom 17.10.2006)	Jutta Goldbach,
11. Sozialarbeiter(in) (Zustimmung vom 06.11.2006)	Bärbel Börges,

11.1. Ergänzung der Ausschüsse des Rates hier: Benennung/Entsendung von beratenden Mitgliedern Vorlage: 0011/06/16.WP/1

Nachdem **Herr Obst** darauf hingewiesen hatte, dass in der letzten Ratssitzung noch nicht alle beratenden Mitglieder der Ausschüsse benannt worden seien und für die CDU-Fraktion die Namen der drei für die entsprechenden Ausschüsse benannten Vertreter verlesen hatte, fasste der Rat den **nachfolgenden einstimmigen Beschluss:**

„Als Ergänzung zu dem Ratsbeschluss vom 02.11.2006 werden folgende Personen als beratende Mitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse benannt.“

1) Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Herr Robert Apel

2) **Bauausschuss**

Herr Klaus Köneke

3) **Ausschuss für Umwelt und Verkehr**

Herr Carsten Bertram

- 11.2. **Ergänzung der Ausschüsse des Rates;
hier: Entsendung eines zusätzlichen beratenden Mitgliedes in den
Ausschuss für Umwelt und
Verkehr
Vorlage: 0011/06/16.WP/2**
-

Anschließend fasste der Rat ohne weitere Aussprache den nachfolgenden einstimmigen Beschluss:

12. **Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf
zur Kindertagespflege
Vorlage: 0039/06/16.WP**
-

Siehe TOP 13.

13. **Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf
zur Kindertagespflege
- Ergänzungsvorlage-Nr. 0039/06/16. WP -
Vorlage: 0039/06/16.WP/1**
-

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die als Anlage der Vorlage 0039/06/16.WP/1 und dem Originalprotokoll als Anlage G beigefügte Vereinbarung mit der Region Hannover zur Wahrnehmung der Aufgaben zum 01.01.2007 abzuschließen. Gleichzeitig treten die bisher geltenden Richtlinien für die Tagespflege außer Kraft.“

14. **Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten
Vorlage: 2006 0076**
-

Herr **Lüddecke** begründete noch einmal kurz den (als **Anlage H** zum Originalprotokoll) beigefügten Antrag der FDP-Ratsfraktion.

Frau **Rück** berichtete, dass man in der letzten Sitzung des

Jugendhilfeausschusses beschlossen habe, dass die Verwaltung zusammen mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten ein Konzept über die pädagogische Arbeit in den Kindertagesstätten vorlegen solle, was erst den Anfang der Überlegungen bedeute. Man habe kein Problem damit, dass der Antrag der FDP nochmals im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

Bürgermeister Baxmann machte deutlich, dass der derzeitige Stand im Jugendhilfeausschuss sei, dass bei den genannten 60.000,00 € die Kindergärten in freier Trägerschaft nicht mit inbegriffen seien. Sollte ein solches Programm wieder aufgelegt werden, würde man auch diese Kindergärten berücksichtigen. Der Antrag sollte daher in den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden.

Frau Gersemann erklärte, dass sie in den Besprechungen am Rande des Jugendhilfeausschusses den Begriff „Sahnehäubchen Politik“ gehört habe, den sie nicht für gut heißen könne.

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn führte aus, dass man dringend für alle Kinder ein kostenfreies Kindergartenjahr benötige, langfristig auch für den gesamten Kindergartenzeitraum. Die FDP habe sich mit ihrem Vorschlag nicht durchsetzen können, daher sei die zur Verfügungsstellung von 60.000,00 € die zweitbeste Lösung, die allerdings auch allen Kindern zugute kommen müsse.

Herr Pilgrim wies daraufhin, dass man bei einer Ausweitung des Programms auf die in freier Trägerschaft befindlichen Kindergärten zunächst die zusätzlichen Kosten ermitteln müsse, da die Stadt zunächst nur für ihre Kindergärten verantwortlich zeichne. Hinsichtlich eines kostenfreien Kindergartenjahres sei es s. E. notwendig, dass eine gerechte Kostenteilung zwischen Land und Kommunen erfolge.

Nach Beendigung der Diskussion fasste der Rat den einstimmigen Beschluss den Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

15. **Änderung der Straßenreinigungssatzung und
Straßenreinigungsverordnung**
Vorlage: 0027/06/16.WP

Einstimmiger Beschluss:

„Der Rat beschließt den Erlass der als Anlage 1 der Vorlage (und dem Originalprotokoll als Anlage I) beigefügten 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Burgdorf und der als Anlage 2 der Vorlage (und dem Originalprotokoll als Anlage J) beigefügten 6. Änderungsverordnung zur Verordnung über Art, Maß und räumlicher Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Burgdorf.“

16. **Aktionsplan gem. § 47 Abs. 2 BImSchG zur Reduzierung der
Feinstaubbelastung in der Stadt Burgdorf**
Vorlage: 2006 0069

Herr Fleischmann erklärte, dass er insgesamt froh sei, dass wenigstens für Lkw über 7,5 t ein Fahrverbot verhängt werden solle. Es sei bedauerlich, dass von dem ursprünglich vorgesehenen Fahrverbot für Lkw über 3,5 t Abstand genommen wurde. Sein Eindruck bei der Informationsveranstaltung mit dem Umweltminister war, dass dessen Argumentation nicht nachvollziehbar sei. Auch Handwerker, die kleinere Lastkraftwagen fahren würden, könnten über entsprechende Ausnahmegenehmigungen so gestellt werden, dass ihnen keine wirtschaftlichen Nachteile aus der Sperrung erwachsen würden. Auch die meisten der Kleinlastwagen verursachten durch ihre Dieselabgase den überaus gesundheitsschädlichen Feinstaub. Da die Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung in die richtige Richtung zielten, werde er der Vorlage dennoch zustimmen.

Herr Unverzagt betonte, dass mit dem Aktionsplan endlich gehandelt werde und ein Anfang gemacht sei, auf den man sehr lange habe warten müssen. In den Ausführungen werde darauf hingewiesen, dass auch sehr viel innerörtlicher Verkehr zu der Feinstaubbelastung beitrage. Hier sei es Sache des Einzelnen seinen Anteil am motorisierten Fahrverkehr zu reduzieren und damit weiterhin zu einer Verbesserung der Luftqualität in der Stadt beizutragen.

Herr Pilgrim betonte, dass ihm bei der Informationsveranstaltung mit dem Minister am 04.12. niemand habe konkret sagen können, wann die Innenstadt für den Lkw-Verkehr endlich gesperrt werde, ob dies möglicherweise schon zum 01.01.2007 der Fall sein werde. Eindeutige Ergebnisse über die Feinstaubbelastung in der Innenstadt lägen ja bereits seit Mai bzw. Juli d. Jahres vor. Nun müsse wohl noch eine Abstimmung zwischen den Verkehrsbehörden erfolgen. Positiv sei, dass die Kostenfrage für die Schilder bei dem Informationsgespräch geklärt werden konnte. Danach müsse die Stadt Burgdorf nur für die Beschilderung auf den eigenen Straßen aufkommen. Wegen des Einspruchs des Verkehrsministers habe nicht alles erreicht werden können. Über den Haushalt sei vorgesehen, die städtischen Kraftfahrzeuge entsprechend umzurüsten. Er habe die Hoffnung, dass es jetzt keine weiteren Verzögerungen mehr geben werde und die Sperrung demnächst wirksam werden könne.

Herr Obst kritisierte, dass sowohl der Bund als auch die Länder sich schon vor Jahren darauf hätten verständigen können, bei Dieselkraftfahrzeugen Feinstaubfilter vorzuschreiben. Der jetzt für Burgdorf gefundene Kompromiss sei positiv zu bewerten. Jetzt komme es darauf an, dass alle betroffenen Behörden und die Umlandgemeinden eine großräumige Beschilderung verabredeten, um zu vermeiden, dass durch die Verlagerung der Verkehre anderswo neue Probleme geschaffen würden. Dadurch, dass der Messcontainer nochmals nach Burgdorf komme, bestehe die Chance, dass, falls die Feinstaubbelastung nicht hinreichend absinken sollte, man nochmals über eine Sperrung der Innenstadt für Lkw über 3,5 t nachdenken würde. Gegenüber der ursprünglichen Fassung des Aktionsplans sollten allerdings Lieferverkehr und landwirtschaftlicher Verkehr freie Fahrt bekommen.

Herr Schrader wies daraufhin, dass erst das EU-Recht die Möglichkeit eingeräumt habe den Aktionsplan umzusetzen, da das bisherige deutsche Immissionsschutzgesetz viel zu hohe Grenzwerte beinhalte. Rein rechnerisch sei zu erwarten, dass durch die Sperrung für Lkw über 7,5 t die Grenzwerte unterschritten würden. Dem diene auch der nochmalige Einsatz des Messcontainers. Wichtig sei aber insbesondere eine großräumige

Beschilderung.

Herr Braun machte deutlich, dass zusätzlich zu den von seinen Vorrednern genannten Aspekten die Stadt Burgdorf auch durch eigene Bemühungen zu einer Reduzierung der Feinstaubbelastung beitragen müsse. Es sollten nicht noch zusätzlich Kraftfahrzeuge durch niedrigere Parkgebühren in die Stadt gezogen werden. Ferner sollten auch die Belastungen durch Kaminöfen nicht außer Acht gelassen werden. Auf diese und andere im Aktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen sollte über entsprechende Pressemitteilungen aufmerksam gemacht werden.

Frau Ethner wies daraufhin, dass nicht alle Kunden nach Burgdorf mit dem Fahrrad kommen könnten. Diejenigen, die zum Einkaufen auch aus den umliegenden Ortschaften kämen, seien auf ihr Auto angewiesen und sollten nicht unnötigerweise verprellt werden. Wenn Burgdorf das Eine wolle, müsse man auch das Andere in Kauf nehmen.

Herr Degenhard warnte vor dem zu erwartenden sehr erheblichen Umleitungsverkehr, der durch die Sperrung der Burgdorfer Innenstadt entstehen werde. Die Lkw würden weiterhin über Burgdorf und insbesondere durch die Ortsteile fahren. Otze, Steinwedel und Lehrte würden stark belastet werden. Er habe die Hoffnung, dass die Umgehungsstraße nicht erst 2010, sondern schon eher fertiggestellt werde. Dennoch werde er dem Aktionsplan zustimmen.

Bürgermeister Baxmann hob hervor, dass der Aktionsplan für die Innenstadt allemal besser sei als der jetzige Zustand. Die Stadt Burgdorf werde alles tun, damit die Umgehungsstraße möglichst schnell gebaut werden könne. Er gehe allerdings davon aus, dass dies nicht wesentlich schneller vonstatten gehen könne als nach den bisherigen Planungen vorgesehen.

Es sei zu erwarten, dass die Sperrung der Innenstadt von den Berufskraftfahrern durch entsprechende Navigationssysteme in den Fahrzeugen schnell erkannt und geeignete weiträumige Ausweichrouten genutzt würden. Probleme sehe er allerdings noch bei der Ausnahmeregelung für landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge. Man müsse sich schon wundern, welche Fahrzeuge mit grünen Kennzeichen herumfahren würden. Durch die Sperrung der Innenstadt würden nicht nur die Feinstaubbelastung, sondern auch die Beeinträchtigungen durch Lärm und Erschütterungen abnehmen.

Anschließend fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen Beschluss**:

„Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt dem Entwurf des Aktionsplans zur Reduzierung der Feinstaubbelastung in der Stadt Burgdorf in der am 04.12.2006 vom Umweltminister vorgelegten Fassung mit Ausnahme der Punkte 5.1.2 und 5.2.3 zu. Danach ist neben dem Lieferverkehr auch der landwirtschaftliche Verkehr von der Beschränkung für den Durchgangsverkehr für Kraftfahrzeuge über 7,5 t ausgenommen.“

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragestunde

(nach Beendigung der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Ratsvorsitzender Walter eröffnete erneute die Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese sogleich wieder.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer